



Nachrichten

der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich
Bezirksgruppe Wien und Umgebung

Haus d. Heimat, Steingasse 25, 1030 Wien, Tel:01/7185919. Bankverbindung: Erste Bank der österr. Sparkassen AG, IBAN: AT74 2011 1000 0230 4716 Sudetend. Pressedienst: www.sudeten.at/wDeutsch/aktuelles/pressedienst/archiv/

www.sudeten.at

E-Mail: office@sudeten.at

ZVR-Zahl: 339909282

28.08.2014 / Nr. 3

Wir begrüßen unsere Landsleute und Freunde und hoffen, daß Sie den heurigen Sommer gut verbringen. Für die nächste Zeit dürfen wie Ihnen nun unser Programm und diverse Veranstaltungen bekanntgeben. Nächste Termine: 19. (statt 12.) September, 10. Oktober, 14. November, 12. Dezember.

19. September: Unser traditioneller Heuriger der ehemaligen SdJ-Kameraden findet diesmal eine Woche später statt um den Trubel beim Ottakringer Kirtag am 12. September zu vermeiden. Beim Heurigen „Zehner Marie“ im 16. Bezirk, Ottakringer Straße 222, Beginn 19 Uhr. Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar: U3 Station Ottakring oder Straßenbahnlinie 2 oder 46.
10. Oktober: Videofilm von LM Seidler: „Egerland 2. Teil – von Karlsbad nach Marienbad“ (Nachtrag vom 11. 4. diesen Jahres).
14. November: Heiteres Rätselraten für Wißbegierige (Fortsetzung): „Kennst du deine Heimat Sudetenland?“
12. Dezember: Unsere vorweihnachtliche Stunde.

Unsere Stammtische finden einmal im Monat, jeweils am 2. Freitag, im Haus der Heimat, 1030 Wien, Steingasse 25 (erreichbar mit U3, Straßenbahnlinie 71) statt. Beginn um 19 Uhr. Alle Landsleute und Interessenten sind herzlich eingeladen.

Allgemeine Veranstaltungen

- Do. 11. bis Sa. 13. Sept. ab 14 Uhr: Volksgruppensymposium im Haus der Heimat. Anmeldung und Programm unter www.vloe.at oder Tel. 01 7185905 (Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs).
- Sonderausstellung vom 6.-30. Sept. anlässlich 50 Jahre Patenschaft der Stadt Klosterneuburg für die Vertriebenen aus dem Sudetenland, die Ausstellung: „Bedeutende Klosterneuburger aus Böhmen, Mähren und Schlesien“. Im Mährisch-Schlesischen Heimatmuseum, Klosterneuburg, Schiessstattgasse 2 (Rostockvilla). Di. 10-16 Uhr, So. und Feiertag 10-13 Uhr.
- Do. 2. Okt. 19.30 Uhr: Konzert der Harmonica Classica im Haus der Heimat. Motto: „Operetten, Wienerlieder, Jahresregenten“.
- So. 19. Okt. 9 Uhr: Hedwigsmesse in der Deutsch-Ordenskirche mit Pater Demel, Singerstraße 7, 1010 Wien.
- So. 26. Okt. 15.30 Uhr: Totengedenken der Heimatvertriebenen in der Augustinerkirche, Augustinerstraße, 1010 Wien.
- bis 19. April 2015. Sonderausstellung im Böhmerwaldmuseum Ungargasse 3, 1030 Wien. So. 9-12 Uhr.: „160 Jahre Gebetbuchverlag und Buchdruckerei Johann Steinbrener“.

Einladung zum
Sudetendeutschen Heimattag 2014

Wien und Klosterneuburg 14. September 2013

50 Jahre vorbildliche Patenschaft von Klosterneuburg!

„DER HERKUNFT EINE ZUKUNFT GEBEN“

**Sonntag, 14. September:
KLOSTERNEUBURG**

12.00 - 12.45 Uhr: PLATZKONZERT des MUSIKVEREINS WIEN-LEOPOLDAU am Rathausplatz.
13.00 Uhr: FEIERLICHES HOCHAMT in der STIFTSKIRCHE
Hauptzelebrant ist Prälat Dr. Franz L. Fahrner, Militärgeneralvikar.
14.00 Uhr: FEST- und TRACHTENZUG vom Rathausplatz zum Sudetendeutschen Platz.
14.30 Uhr: TOTEN-GEDENKFEIER mit Kranzniederlegung mit Dkfm. Hans-Günter Grech.
15.00 - 18.00 Uhr: KUNDGEBUNG in der BABENBERGERHALLE.

Die Festrede hält

Othmar Karas
Vizepräsident des EU-Parlaments

Grußworte von Klosterneuburgs Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager,
und den Vertriebenensprechern.

Sonderausstellungen:

„160 Jahre Verlag und Buchdruckerei J. STEINBRENER“.

Böhmerwaldmuseum, 1030 Wien, Ungargasse 3, geöffnet jeden So von 9 bis 12 Uhr.

„Bedeutende Klosterneuburger aus Böhmen, Mähren und Schlesien“.

Mährisch-Schlesisches Heimatmuseum 3400 Klosterneuburg, Schießstattgasse 2. Geöffnet Di. 10-16 Uhr,
Sa. 13-17 Uhr, So. 9-13 Uhr

BÜCHERMARKT der Buchhandlung Hasbach im Foyer der Babenbergerhalle.

Pendelverkehr von 11:00 – 12:30 Uhr vom Bahnhof Klosterneuburg-Kierling zur Babenbergerhalle.

Der Eintritt ist frei um Spenden wird gebeten.

Das Ende der Ära Steinbach

Im Juli 2014 teilte Frau Erika Steinbach, MdB, mit, dass sie im Herbst 2014 nicht mehr für das Amt der BdV-Präsidentin kandidieren werde. Damit endet eine Ära, die glamourös begann und sich am Ende doch in den Niederungen kleinkariierter Politik verding.

Frau Steinbach gründete zusammen mit Peter Glotz (SPD) die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, um wenigstens museal die Erinnerung an die deutschen Vertreibungsoffer und -gebiete zu bewahren. Bald stieß sie jedoch auf erhebliche Widerstände, beginnend mit der nicht immer aufrichtig gemeinten Kontextualisierung der Vertreibung. Deutsche dürfen eben keine Opfer sein. In der Folge wurde ihr das Vorhaben Stück für Stück aus der Hand genommen und sogar ein Sitz im Stiftungsrat verwehrt, während die Vertreiberstaaten dort vertreten waren. Das ist demütigend und erinnert an die Schulbuchprojekte mit Polen und Frankreich, die bekanntlich auch meist zu Lasten der deutschen Geschichtsauffassung ausgingen.

Dieses Scheitern konnte Frau Steinbach auch nicht durch die verschiedensten Zugeständnisse an den Zeitgeist verhindern. Folgsam richtete sie eine Historikerkommission ein, um zu beweisen, dass die früheren BdV-Gremien keine höhere NS-Quote aufwiesen als die meisten anderen Gremien Nachkriegsdeutschlands (einschließlich vieler Landesparlamente!).

Folgsam boykottierte sie auch die von Dr. Massimiliano Lacota geführte EUFV (Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen). Es bezweckte nichts.

Schließlich ging Frau Steinbach soweit, auch in der Eigentumsfrage Zugeständnisse zu machen.

Polemisch verwahrte sie sich dagegen, die Vertriebenenfrage auf das Eigentum zu reduzieren.

Nun ja, das Eigentum ist wirklich nicht alles, aber man könnte dann wenigstens mit dieser „Nebensache“ anfangen.

Tatsächlich scheint Frau Steinbach den Kern des Problems aber nicht erkannt zu haben. In der Präambel des Lastenausgleichsgesetzes wurde ausdrücklich festgehalten, dass die Annahme von Leistungen nach diesem Gesetz den Anspruch auf Restitution durch die Vertreiberstaaten unberührt lässt. Damit tröstete man die Vertriebenen zunächst über die überaus geringe Entschädigungsquote hinweg. Es kam ja noch etwas nach. Als die Vertriebenen nach geraumer Zeit an diesen Anspruch zu erinnern wagten, wurde ihnen der diplomatische Schutz verweigert. Das grenzt an politischen Betrug, das zerstört Vertrauen. Aber vielleicht waren all diese Kapitulationen nötig, um wenigstens die Schrumpfform des Zentrums gegen Vertreibungen zu bekommen? Das wäre dann nicht weniger beschämend für unsere politische Kultur.

Fehlendes Humankapital

Frau Steinbach musste auch scheitern wegen der Schwäche des BdV. Dieser ist überaltert und verfügt so gut wie über kein intellektuelles Humankapital. Die Massenmedien haben den Ruf des BdV so herabgesetzt, dass es unbedingt karriereschädlich ist, sich offen zu seinen Vertriebenenwurzeln zu bekennen. Hinzu kam die personelle Selbstverstümmelung. Man denke nur an Frau Steinbachs Übereifer bei der Ausbootung von Dr. Paul Latussek.

Verarmung ausgenutzt

Die öffentliche Diffamierung des BdV nagte auch an seiner Massenbasis. Die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Engpässe hat die Politik ungeniert genutzt, um dem BdV ihre Vorstellungen aufzuzwingen. Die wirtschaftlichen Hilfen sind aber kein Almosen, sondern der gerechte Tribut der Bundesrepublik an die Vertriebenen für ihr Sonderopfer nach dem gemeinsam verlorenen Krieg.

Keine Politik auf unsere Kosten!

Nachfolger Erika Steinbachs soll der Vorsitzende der Landsmannschaft Siebenbürgen, Dr. Bernd Fabritius, werden. Dieser ist 49 Jahre alt, Rechtsanwalt in München und Bundestagsabgeordneter für die CSU. Sollte er im November gewählt werden, bleibt der BdV weiter unter „Parteien-Aufsicht“ mit der Option, nun endgültig „abgewickelt“ zu werden. Daher muss die Basis auf die Beachtung zweier Grundsätze dringen:

1. Die Vertriebenen haben ein Recht auf breite materielle und ideelle Unterstützung, da sie nach dem gemeinsam verlorenen Krieg ein gewaltiges Sonderopfer gebracht haben.
2. Die Bundesregierung darf keine Versöhnungspolitik mit den Vertreiberstaaten machen, bei denen die Vertriebenen die Zeche zahlen!

aus: Witikobrief 3/2014

Ein geschichtliches Dokument, das vielen Lesern vielleicht noch nicht vollinhaltlich bekannt ist:
Die Note der deutschösterreichischen Nationalversammlung an US-Präsident Wilson vom 30. Oktober 1918:

Herr Präsident !

Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß die deutsche Nation in Österreich beschlossen hat, einen selbständigen deutschösterreichischen Staat zu bilden. Am 21. Oktober 1918 haben sich in Wien die aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählten Abgeordneten aller deutschen Wahlbezirke in Österreich versammelt und haben beschlossen:

- 1. einen selbständigen deutschösterreichischen Staat zu bilden;*
- 2. als provisorische Nationalversammlung dieses neuen Staates zu konstituieren und die Aufgabe zu übernehmen, diesen Staat so lange zu vertreten, bis eine auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes neu zu wählende konstituierende Nationalversammlung zusammentreten kann;*
- 3. einen Vollzugausschuß zu wählen, der bis zur Bildung der Regierung des deutschösterreichischen Staates diesen Staat nach außen zu vertreten und die Übernahme der Verwaltung im Innern vorzubereiten und zu organisieren hat. Die Deutschen sind in Österreich ein Volk von 9,7 Millionen Menschen, bisher waren sie Bürger des österreichischen Staates, jetzt, da die anderen Nationen darangehen, ihre selbständigen Staaten zu bilden konstituiert sich auch die deutsche Nation in Österreich als ein selbständiger Nationalstaat. Der neue Staat beansprucht die Gebietshoheit über alle jene Gebiete des bisherigen Österreich, in denen Deutsche die Mehrheit der Bevölkerung bilden.*

Er nimmt das Recht auf völkerrechtliche Persönlichkeit für sich in Anspruch. Er erkennt den anderen Nationen der Monarchie das uneingeschränkte Recht zu, ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft der Nationen in voller Freiheit zu bestimmen und fordert dasselbe Recht auch für die deutsche Nation. Er verlangt, daß seine Vertreter als die Vertreter eines selbstständigen Staates zu den Friedensverhandlungen zugelassen werden und mit den Vertretern der anderen Nationen über die Bedingungen des Friedens zu verhandeln. Er behält seiner Regierung das Recht vor, den Frieden zu schließen. Der Vollzugsausschuß erklärt, daß niemand berechtigt ist, im Namen Deutschösterreichs über den Frieden zu verhandeln und Frieden zu schließen als die von der deutschösterreichischen Nationalversammlung eingesetzte Vollzugsgewalt. Der unterzeichnete Vollzugsausschuß der provisorischen deutschösterreichischen Nationalversammlung bittet sie daher, Herr Präsident, ihm Gelegenheit zu bieten, unverzüglich in direkte Verhandlungen mit den Vertretern aller kriegsführenden Mächte über einen allgemeinen Frieden einzutreten. Der Vollzugsausschuß verpflichtet sich zur Annahme folgender Grundsätze:

1. Der Vollzugsausschuß nimmt vorbehaltlos die Grundsätze an, die sie Herr Präsident, in der Botschaft vom 8. Jänner 1918 und in den Reden vom 12. Februar und 4. Juli 1918 festgesetzt haben.

2. Der Vollzugsausschuß betrachtet, der Note des Herrn Staatssekretärs der Vereinigten Staaten an die österreichisch-ungarische Monarchie vom 18. Oktober 1918 vollständig entsprechend, die tschecho-slowakische und die südslawische Nation als vollkommen unabhängige Staaten und ist bereit, die Beziehungen des deutschösterreichischen Staates zu dem tschechischen und südslawischen Staate durch freie Vereinbarungen mit diesen Staaten zu regeln. Der Vollzugsausschuß schlägt vor, alle Streitfragen zwischen dem deutschösterreichischen Staate einerseits und dem tschechischen und dem südslawischen Staate andererseits, soweit sie durch freie Vereinbarungen nicht bereinigt werden können, der Entscheidung eines Schiedsgerichtes zu unterwerfen, das nach den Bestimmungen der Haager Konferenzen zusammengesetzt werden soll.

3. Der Vollzugsausschuß bittet sie, Herr Präsident, Ihre Aufmerksamkeit der Frage der deutschen Gebiete der Sudetenländer zuzuwenden.

In Böhmen gibt es neben 60 Bezirken, in denen die Tschechen die Mehrheit der Bevölkerung darstellen, 36 Bezirke, in denen die Mehrheit der Bevölkerung deutscher Nationalität ist und die deutsche Sprache spricht. Diese 36 Bezirke stellen ein Gebiet von 36311 Quadratkilometer dar. Nach der Volkszählung im Jahre 1900 betrug die Bevölkerung dieses Gebietes 2186637 Personen. Von ihnen bedienen sich im täglichen Verkehre 2001962 Personen der deutschen und nur 148051 Personen der tschechischen Sprache. Es besteht also innerhalb Böhmens ein zusammenhängendes Gebiet, dessen überwiegende Bevölkerungsmehrheit deutsch ist. Ebenso bildet der westliche Teil von Österreichisch-Schlesien und der an ihn angrenzende nördliche Teil von Mähren ein zusammenhängendes deutsches Siedlungsgebiet, und auch die südlichen, an das deutsche Niederösterreich angrenzenden Gebiete Mährens sind deutsch. Insgesamt wohnen in Böhmen, Mähren und Schlesien nach der letzten Volkszählung 3512682 Deutsche. Es ist selbstverständlich, daß der neue deutschösterreichische Staat auch die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens beansprucht. Wir sind überzeugt, Herr Präsident, daß Sie nach sorgfältiger Prüfung dieser Fragen den von Ihnen verkündeten Grundsätzen entsprechend, es ablehnen werden, 3 1/2 Millionen Deutsche gegen ihren Willen dem tschechischen Staate zu unterwerfen und sie zu einem Verzweiflungskampfe gegen die ihnen drohende Fremdherrschaft zu zwingen. Das Zeitalter der Demokratie in Mitteleuropa kann nicht damit beginnen, daß ein Volk von 3 1/2 Millionen Menschen mit Waffengewalt einem Volke von 6,3 Millionen Menschen unterworfen wird. Der dauernde Friede in Europa kann nicht dadurch begründet werden, daß in dem neuen tschecho-slowakischen Staate eine deutsche Irredenta geschaffen wird, deren ständige Hilferufe nach Berlin und Wien dringen und den Frieden Europas gefährden würden. Und eine solche Vergewaltigung der Deutschen widerspräche auch dem von Ihnen, Herr Präsident, im Punkt 2 Ihrer Rede vom 12. Februar d. J. aufgestellten Grundsätze, „daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiele handelte“, und ebenso dem dritten und vierten der dort aufgestellten Grundsätze, wonach „jede Lösung einer Gebietsfrage im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen“ und derart erfolgen müsse, „daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, ohne neue Elemente oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden“, aufzunehmen.

Wir fordern daher, daß die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens als ein Bestandteil des deutschösterreichischen Staates anerkannt werden und ihre künftige staatliche Zugehörigkeit in Gemeinschaft mit ihm frei bestimmen sollen. Wir sind bereit, mit der berufenen Vertretung der tschechischen Nation über die Abgrenzung unserer Gebiete zu verhandeln. Sollte es sich aber als unmöglich erweisen, die Grenzen einvernehmlich festzusetzen, so schlagen wir vor, daß die Bevölkerung der umstrittenen Gebiete berufen werden soll, selbst durch allgemeine Volksabstimmung zu entscheiden, zu welchem Staat sie gehören will. Wir sind einverstanden damit, daß diese Volksabstimmung unter der Kontrolle der Gesellschaft der Nationen von Beamten neutraler Mächte durchgeführt werde und daß alle näheren Bedingungen dieser Volksabstimmung vom Friedenskongreß oder von einem Schiedsgerichte in solcher Weise festgesetzt werden, daß jede Vergewaltigung der Abstimmenden und jede künstliche Beeinflussung des Abstimmungsergebnisses unbedingt vermieden werden.

Die Regelung des Schutzes der in fremden Siedlungsgebieten immerhin noch übrig bleibenden nationalen Minoritäten, wird im Wege der gegenseitigen Vereinbarung erfolgen können. In analoger Weise wären diese Grundsätze auch auf die deutschen Siedlungsgebiete im Süden und auf die Regelung der staatlichen Grenzen gegenüber Italien und dem südslawischen Staat anzuwenden. Sie, Herr Präsident, haben erklärt, daß Sie gegen die Regierungen der Mittelmächte, aber nicht gegen das deutsche Volk Krieg führen. Sie haben erklärt, daß Sie gleiche Gerechtigkeit für alle Nationen, auch für das deutsche Volk verwirklichen wollen. Wir appellieren daher an Sie, Ihre Autorität für das Selbstbestimmungsrecht unserer Nation einzusetzen. Da wir uns mithin ganz auf den Boden der Grundsätze stellen, die Sie, Herr Präsident, verkündet haben, wäre jede Verlängerung des Krieges zweckloser Mord an vielen Menschen. Wir bitten Sie daher, Herr Präsident, Ihre Autorität dafür einzusetzen, daß sofortige allgemeine Waffenruhe auf allen Fronten eintrete und uns die Möglichkeit geboten werde, auf einem allgemeinen Friedenskongreß in direkte Verhandlungen mit allen Nationen einzutreten, aus denen ein Friede hervorgehen soll, der jeder Nation ihre volle Freiheit gibt und alle Nationen zu einem dauernden Friedensbunde vereinigt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung.